



©Thaut Images/Fotolia.com



**Ottmar Edenhofer** ist Professor am weltweit ersten Lehrstuhl für Klimaökonomie an der TU Berlin und stellvertretender Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung

## WAS FOLGT AUS DER FINANZKRISE?

### Strohfeuer wärmen nicht

Ein Konjunkturprogramm für elektrische Mobilität, kohlendioxidfreie Kohlekraftwerke oder das europäische Stromnetz wäre die richtige Antwort auf die drohende Rezession. Klimaschutz und Wirtschaftsankurbelung sind kein Widerspruch – auch kurzfristig nicht

man die Lage in Wirtschaft und Politik nach dem Zusammenbruch der Investitions- und Geschäftsbanken beschreiben. Die Glücksspieler an den Weltbörsen hat die Katerstimmung überfallen. Kein unbequemer Vorschlag darf jetzt das Schweigen der Gemeinde stören. Geschäftsrisiko Klimaschutz. Die Mahner sollten den Mund halten, bis die Wunden der Wirtschaft verheilt sind.

Die Forderung mag emotional verständlich sein, rational oder klug ist sie nicht. Zumal es oft nach einer neuen Argumentationslinie derjenigen Wirtschaftspolitiker klingt, die dem Klimaschutz immer schon den Garaus machen wollten. Doch ihr Lobbyismus hat mit vernünftiger Ökonomie nichts zu tun. Klimawandel und Finanzkrise haben eine gemeinsame Wurzel – mangelnde Nachhaltigkeit.

Nachhaltigkeit lässt sich mit einer einfachen Formel beschreiben: Handle so, dass du die Grundlagen deines Handelns nicht zerstörst. Viele Banken sind irrationale Risiken eingegangen und haben so ihre eigene Geschäftsbasis zerstört. Und durch einen Klimawandel über die angezeigte Obergrenze von zwei Grad hinaus, würden wir die natürlichen Grundlagen unseres Wirtschaftens ruinieren. Wenn einem Unternehmen die Insolvenz droht, muss das Management rückhaltlos die Gründe für den Substanzverzehr offenlegen. Das wird jetzt bei der Bewältigung der Finanzkrise versucht und muss auch für die Bewältigung des Klimaproblems gelten. Alles andere wäre schlechte Ökonomie.

An schlechter Ökonomie herrscht indes kein Mangel: Auch einige Klimaschützer glauben, der Konjunkturreinbruch sei gut fürs

**D**as Spielcasino auf dem Luxusliner hat vorübergehend geschlossen, die Verluste waren hoch, die Party ist vorbei, aber das große Schiff fährt weiter – immer noch auf einen Eisberg zu. Schlecht wie die Stimmung ohnehin schon ist, will jetzt niemand etwas vom drohenden Zusammenprall hören. So oder so ähnlich kann

Klima – endlich werde weniger emittiert. Richtig ist, dass die Emissionen weniger schnell steigen, wenn sich das Wachstum abflacht. Aber selbst wenn die Emissionen statt um drei nur noch um ein Prozent stiegen, wäre für den Klimaschutz wenig gewonnen. Die Emissionen müssen nämlich sinken – bis 2050 um 50 Prozent. Das bringt selbst ein drastischer Konjunkturreinbruch nicht zustande. Vor allem aber würden die Emissionen wieder ansteigen, sobald sich die Konjunktur erholt, auch das ist eine Lehre aus den Ölpreiskrisen der 70er Jahre. Nur eine entschiedene Investitionsstrategie, die das Energiesystem dekarbonisiert und die Energieeffizienz erhöht, führt zu einer Senkung der Emissionen. Nachhaltiger Klimaschutz ist ohne ein emissionsfreies Energiesystem unmöglich.

Auch der historisch immer noch rekordhohe Ölpreis wird dem Klimaschutz kaum helfen. Zwar haben die Ölpreiskrisen der 70er Jahre die Verbrauchsländer ölonabhängiger gemacht. Doch heute können wir uns auf den hohen Ölpreis als Beitrag zum Klimaschutz nicht mehr verlassen. Die Energieeffizienz mag weiter steigen, aber dieser Effekt wird durch andere Effekte aufgewogen: Der hohe Ölpreis hat dazu geführt, dass die Suche nach neuen Ölfeldern zugenommen hat und die Kohle in der Verstromung eine ungeahnte Renaissance erfährt.

Die entscheidende Frage ist, wie dieses Energiesystem umgebaut werden kann. Wegen der Finanzkrise, so wird behauptet, sei in absehbarer Zukunft für den Klimaschutz in der Energiewirtschaft kein Geld mehr da. Wer so argumentiert, zeigt, dass er das Einmaleins der Makroökonomie nicht verstanden hat. Sämtlichen Fachleuten ist klar, dass das Rettungspaket für die Banken zwar eine kurzfristige Insolvenzkrise verhindern kann, die Bankenkrise aber dennoch drastische realwirtschaftliche Auswirkungen haben wird. Konsum und Investitionen in den Industriestaaten brechen ein, und in den Verbrauchsländern wird die Nachfrage zurückgehen. Die Regierungen werden neue Schulden machen und über leere Kassen klagen.

Dennoch besteht kein Grund den Klimaschutz zu dispensieren. Gerade in der Finanzkrise wächst die Bedeutung der Energiesicherheit, verunsicherte Märkte wollen wenigstens bei den Preisen der

---

**Deckel drauf: Unternehmen mit niedrigen Emissionen sind auch vom Energiepreis weniger abhängig**

Energieversorgung Sicherheit haben. Würden sich die großen Verbrauchsländer im Emissionshandel auf eine verbindliche Obergrenze für ihre Emissionen einigen, würden sie auch ihre Nachfrage nach fossilen Energieträgern deckeln und so ihre Nachfragemacht auf den Öl- und Gasmärkten stärken. Das würde den Spielraum für Preiserhöhungen der erdölfördernden Länder (OPEC) mindern und die Entstehung eines Gaskartells verhindern. Es ist ja durchaus denkbar, dass sich nach der Klimaschutzkonferenz im November 2009 in Kopenhagen ein transatlantischer Markt für CO<sub>2</sub>-Emissionen bildet, der nicht nur für den Klimaschutz hilfreich wäre, sondern auch langfristig für die Energiesicherheit.

In den Industriestaaten wächst die Einsicht, dass staatliche Konjunkturprogramme unausweichlich sind. Aber welche Investitionen werden sie stützen? Autobahnen bauen und die Emissionsrechte kostenlos zuteilen? Dies wäre ein kurzfristiges Strohfeuer. Die Verfechter hätten damit gezeigt, dass sie aus dem Scheitern der 70er Jahre nichts gelernt haben. Wer der Wirtschaft auf die Beine helfen will, muss die Investitionsquote erhöhen und Mittel in die richtigen Projekte lenken: Ausbau des europäischen Stromnetzes, Demonstrationskraftwerke für solarthermische Stromerzeugung, Kohlekraftwerke mit der Abscheidungstechnologie CCS, Projekte zur Elektromobilität und schließlich die Sanierung des Wohnungsbestandes. Das alles wären mutige Schritte in die richtige Richtung. So gesehen besteht nicht einmal kurzfristig ein Zielkonflikt zwischen Sanierung der Wirtschaft und den Anforderungen des Klimaschutzes. ■